

Ausschuss für Kultur und Medien
Kurzprotokoll
71. Sitzung

Berlin, den 28.01.2009, 15:30 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str.1
Sitzungssaal: E.200

Vorsitz: Hans-Joachim Otto, MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 5

Tagesordnungspunkt 1 S. 5

Bericht der Bundesregierung über die Bilanz und die Perspektiven der auswärtigen Kulturpolitik
Gespräch mit Staatssekretär Dr. Peter Ammon, Auswärtiges Amt

Tagesordnungspunkt 2 S. 14

Gespräch mit dem Direktor der Berlinale, Dieter Kosslick

Tagesordnungspunkt 3 S. 20

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Neunter Bericht der Bundesregierung über den Stand der Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen im
Zusammenhang mit der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"

BT-Drucksache 16/9047

Tagesordnungspunkt 4a S. 20

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Siebzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2006/2007

BT-Drucksache 16/10140

Tagesordnungspunkt 4b **S. 21**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Siebzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2006/2007

- Drucksache 16/10140 -

Stellungnahme der Bundesregierung

BT-Drucksache 16/11558

Tagesordnungspunkt 5 **S. 21**

Verschiedenes

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Bär, Dorothee
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Connemann, Gitta
Eisel, Stephan, Dr.
Grütters, Monika

Mißfelder, Philipp
Pawelski, Rita

SPD

Ehrmann, Siegmund
Griefahn, Monika
Krüger-Leißner, Angelika
Pries, Christoph
Tauss, Jörg

FDP

Otto, Hans-Joachim
Waitz, Christoph

DIE LINKE.

Jochimsen, Lukrezia, Dr.

B90/GRUENE

Staffelt, Grietje
Roth, Claudia

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

Schikorski
Köhr

AA
BKM

Bundesrat

Honka
Osterkamp
Dietzen
Forst

LV Hessen
LV Bayern
LV Thüringen
LV Sachsen

Fraktionen und Gruppen

Leberl
Kollbeck
Olschanski
Mühlberg
Göllnitz
Friebel
Fischer
Ehrke
Scheele

CDU/CSU
SPD
B90/GRÜNE
DIE LINKE.
FDP
SPD
B90/GRÜNE
B90/GRÜNE
DIE LINKE.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Gäste zu der öffentlichen Sitzung und berichtet zunächst über einen Wechsel in der Zusammensetzung des Ausschusses. Abg. Dr. Uschi Eid, stellvertretendes Mitglied des Ausschusses, sei ausgetreten, Abg. Grietje Staffelt für sie nachgerückt. Außerdem erläutert der Vorsitzende die Vorschläge der Obleute für den Ablauf der Sitzung. Demnach sollen die Tagesordnungspunkte 3 und 4 ohne Aussprache beraten werden.

Gegen den Vorschlag zum Verfahren wird kein Widerspruch erhoben.

Tagesordnungspunkt 1

Bericht der Bundesregierung über die Bilanz und die Perspektiven der auswärtigen Kulturpolitik
Gespräch mit Staatssekretär Dr. Peter Ammon, Auswärtiges Amt

Dr. Peter Ammon (Staatssekretär des Auswärtigen Amts) führt auf der Grundlage des Berichts der Bundesregierung zur auswärtigen Kulturpolitik 2007/2008 (BT-Drucksache 16/10962) in die Ziele und Perspektiven der auswärtigen Kulturpolitik ein. In den letzten drei Jahren habe das Auswärtige Amt (AA) einen Dreiklang der Reformen verfolgt: die Reform des Goethe-Instituts, eine Stärkung der Auslandsschulen und die Stärkung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland. Dieser Dreiklang der Reformen stütze sich auf ein Budget, das in der Zeit von 2006 bis 2009 um ein Drittel angewachsen sei, zuletzt auf 726 Millionen Euro. Mit derart massiver Unterstützung durch das Parlament gehe viel Verantwortung einher.

Der zwölfte Bericht der Bundesregierung zur auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) stelle Leitlinien, konzeptionelle Ansätze und inhaltliche Schwerpunkte der Außenkulturpolitik im Zeitraum 2007 bis Juni 2008 dar. Er zeichne die Bedeutung der AKBP als Fundament einer Außenpolitik nach, die sich an der Nachhaltigkeit orientiere. Außenkulturpolitik sei nicht mehr Randelement, sondern Kern einer nachhaltigen Außensicherheitspolitik, denn mit ihr gelinge es, die Menschen in den Partnerländern zu erreichen. Sie sei das politische Instrument, mit dem kulturelle Trennlinien in Zeiten der Globalisierung überwunden werden könnten. An Köpfe und Herzen der Menschen komme man am besten mit der auswärtigen Kulturpolitik heran, mit ihr gebe es eine Methode, die eigenen Werte zu präsentieren und für diese Werte zu werben, sie sei damit ein operatives Element der Außenpolitik. Deshalb seien Mittel für die Außenkulturpolitik als Investition in Deutschlands Zukunft zu verstehen. Damit gelinge es, auf lange Sicht verlässliche Partner in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, in der Politik anderer Länder zu gewinnen.

Als gelungenes Beispiel für die Ergebnisse dieser Politik führt Staatssekretär Dr. Ammon die Alumni der Alexander von Humboldt-Stiftung an, unter denen sich 40 Nobelpreisträger fänden. In ihren Herkunftsländern seien dies natürlich Menschen mit einigem Einfluss. Wenn es gelinge, deren Wertschätzung für Denkweise und Wertvorstellungen Deutschlands zu gewinnen und zu stärken, sei damit ein wichtiger Hebel für die Außenpolitik angesetzt.

Eine Kultur- und Außenpolitik, die zukunftsgerichtet sein wolle, müsse natürlich den Veränderungen in der Welt Rechnung tragen und neue Gravitationszentren wie China und Indien berücksichtigen. Es gelte, sich in diesen neuen Macht- und Kraftzentren, die oft auch geistige Kraftzentren seien, ordentlich aufzustellen. Hinzu kämen Regionen, an denen Deutschland besonderes Interesse hege. So stelle sich die Frage, wie es gelingen könne, das Verhältnis zum Iran vernünftig zu gestalten. Um in solche Länder hineinzuwirken, gebe es kein besseres Mittel als die Kulturpolitik.

Der Wettbewerb um die besten Köpfe habe inzwischen als Schlagwort Eingang in die deutschen Medien gefunden. Der Wettbewerb dürfe nicht als Brainrain missdeutet werden. Ziel sei ja durchaus, dass die jungen Leute zurück in ihre Länder gingen und von dem profitierten, was sie in Deutschland gelernt haben. Aber es müsse klar sein, dass nicht jeder kluge Kopf nach Amerika gehen müsse, sondern seine Chance auch in Deutschland suchen könne.

Die wirtschaftliche Globalisierung sei seit langem ein Thema für die Medien und in der öffentlichen Diskussion, aber neuerdings gebe es auch das Phänomen der kulturellen Globalisierung. Die kulturelle Globalisierung treffe im Inland auf eine zunehmende kulturelle Vielfalt. Zu Hause veränderten sich traditionelle Vorstellungen durch Migration, die Kultur werde bunter. Dieses Phänomen habe das AA zu berücksichtigen, wenn es den Kulturaustausch organisiert, an dieser Stelle entstehe für Deutschland ein besonderes Potenzial.

Angesichts der wachsenden Zahl der Konflikte in der Welt, in Gaza, im Irak und in Afghanistan, nennt Staatssekretär Dr. Ammon die Kultur- und Bildungsarbeit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung, zum Wiederaufbau und zur Wiederherstellung von Gesellschaften. Es sei ja kein Zufall, dass in diesen Kriegen oft zuerst die kulturellen Denkmäler zerstört würden, den Menschen in Staaten, in denen es an innerem Zusammenhalt fehlt, die kulturelle Identität geraubt werde. Das AA versuche nun genau den umgekehrten Weg zu gehen und solche Staaten zu unterstützen, indem ihnen beim Wiederaufbau ihrer kulturellen Identität geholfen werde. Auch damit werde ein Beitrag zur Stabilisierung geleistet.

Aus dem vorgelegten Bericht hebt Staatssekretär Dr. Ammon einige Punkte besonders hervor. Die Finanzausstattung sei im Jahre 2008 um 15,7 Prozent verbessert und das Reformkonzept für das Goethe-Institut sei umgesetzt worden. Dabei seien die Strukturen modernisiert, das Netzwerk des Goethe-Instituts gesichert und die Präsenz noch weiter ausgebaut worden. So gebe es neue Goethe-Institute in Daressalam, im Novosibirsk und in Luanda. 13 zusätzliche Stellen für Entsandte würden im Haushalt 2009 abgesichert, um das Ziel zu erreichen, dass möglichst jedes Goethe-Institut von einer aus Deutschland entsandten Person geführt wird.

Zu erwähnen sei schließlich die im Februar 2008 ins Leben gerufene Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH). Dabei handele es sich um das bislang umfangreichste Programm zum Ausbau des Netzes von Partnerschulen im Ausland, vor allem in Wachstums- und Schwerpunktregionen. Das Programm habe sich so dynamisch entwickelt, dass das Ziel, insgesamt auf 1.000 Partnerschulen in der Welt zu kommen, mit einer Zahl von 1.060 bereits übertroffen sei.

Bei der „Aktion Afrika“ gehe es darum, tragfähige Strukturen der Zusammenarbeit mit Afrika in den Bereichen Kultur, Bildung und Medien aufzubauen. Besonders hervorzuheben sei darüber hinaus das Programm „Deutschland und China – Gemeinsam in Bewegung“. Diese mehrjährige (2007 bis 2010) Veranstaltungsreihe sei als Public-Private-Partnership gemeinsam mit der deutschen Wirtschaft organisiert und die größte Veranstaltungsreihe, die Deutschland je im Ausland realisiert habe. Ende werde das Programm 2010 in Schanghai, wo gleichzeitig die Weltausstellung Expo stattfinde. Als Erfolg streicht der Staatssekretär auch die Ernst-Reuter-Initiative heraus, in deren Rahmen im Mai 2008 ein Abkommen mit der Türkei über die Gründung einer deutsch-türkischen Universität in Istanbul unterzeichnet worden sei.

Im Ausblick auf 2009 hebt Dr. Peter Ammon die Außenwissenschaftspolitik besonders hervor. Damit werde ein Beitrag zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung geleistet und als positiver Nebeneffekt der Standort Deutschland in diesem Sektor gestärkt. Zielgebiet dieser Arbeit seien nicht zuletzt die Krisenregionen des Mittleren und Nahen Ostens. Ab September 2009 werde es zudem einen Freiwilligendienst für junge Erwachsene unter der Überschrift „Kulturweit“ geben. Jungen Leuten werde die Möglichkeit eingeräumt, interkulturelle Erfahrungen im Ausland zu sammeln und durch einen Einsatz an Auslandsschulen oder Goethe-Instituten bei der auswärtigen Kultur- und Bildungsarbeit mitzuhelfen.

Auf starke Unterstützung im Deutschen Bundestag seien die Pläne für die deutsch-türkische Künstlerakademie Tarabya in Istanbul gestoßen. Die Künstlerakademie solle 2010 eröffnet werden, im Jahr der europäischen Kulturhauptstädte Istanbul und Essen/Ruhr. Zwar sei das Unternehmen wegen der türkischen Rechtslage kompliziert, doch bestehe die Hoffnung, das Projekt unter der Leitung des Goethe-Instituts verwirklichen zu können.

Mit neuen Strategien und Themen der AKBP werde sich eine große Konferenz unter dem Titel „Menschen bewegen – Kulturpolitik im Zeitalter der Globalisierung“ am 22./23. April 2009 befassen. Dazu seien die Parlamentarierinnen und Parlamentarier herzlich eingeladen.

Abg. Prof. Monika Grütters (CDU/CSU) unterstreicht einleitend den engen Zusammenhang zwischen der Außenpolitik und der Kulturpolitik beim Thema auswärtige Kulturpolitik. Deshalb sei es richtig, dass sich nicht nur der Auswärtige Ausschuss mit seinem Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (UA AKBP), sondern auch der Ausschuss für Kultur und Medien ausführlich mit diesem Politikfeld befasse.

Positiv hervorzuheben sei, dass die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Auswärtigen Amt (AA) wieder einen größeren Stellenwert genieße. Dies sei nicht zuletzt am Etabaufwuchs abzulesen. Die PASCH habe Staatssekretär Dr. Ammon dabei zu Recht hervorgehoben. Allerdings stelle sich konkret für Indien und dessen Wirtschaftszentrum Mumbai die Frage, wie man die dortige deutsche Schule stärken könne. Sie habe Gelegenheit gehabt, sich persönlich ein Bild von der leider sehr beengten Lage der Schule zu machen, berichtet Abg. Prof. Grütters und bittet Dr. Ammon, sich um dieses Problem zu kümmern.

Das Thema Entsandte und/oder Ortskräfte bei den Goethe-Instituten sei ein Dauerbrenner. Leider reichten die 13 im Haushalt 2009 bewilligten Stellen für Entsandte längst nicht aus, um die Forderung zu erfüllen, wenigstens eine Entsandtenstelle für jedes Goethe-Institut zu gewährleisten. Die 13 neuen Stellen würden ausschließlich gebraucht, um neue Aufgaben (z. B. PASCH) zu erfüllen. An der unbefriedigenden Situation in den Goethe-Instituten ändere sich dadurch nichts. Die Enttäuschung sei dort groß und leider begründet. Dabei herrsche in dieser Frage breiter parteiübergreifender Konsens und auch das AA habe zugesagt, im Rahmen der Haushaltsberatungen in den kommenden Jahren weitere Stellenanforderungen zu stellen. Es gehe um ein Anliegen mit hohem politischem Stellenwert. Sie bittet deshalb darum, mit Nachdruck an dem gemeinsamen Ziel weiterzuarbeiten.

Positiv zu bewerten sei die Initiative des AA zugunsten der Außenwissenschaftspolitik. Allerdings seien weitere Anstrengungen erforderlich, um Deutsch als Wissenschaftssprache zu stützen. Eine Anhörung im UA AKBP habe gezeigt, dass Deutsch als Wissenschaftssprache immer stärker von Englisch verdrängt werde. Den Staatssekretär bittet sie, im AA prüfen zu lassen, welche Instrumente eingesetzt werden könnten, um wirksam gegenzusteuern. Leider fehle sogar eine Übersicht, wo und an welchen Fakultäten im Ausland noch an Deutsch als Lingua franca festgehalten werde. Diese Lücke könne das AA füllen.

Abschließend spricht sie die Lage des Goethe-Instituts in New York an. Vordergründig schein es sich um ein Liegenschaftsproblem zu handeln, weil das traditionsreiche Haus an der 5th Avenue sanierungsbedürftig sei. Tatsächlich gehe es aber um das Spannungsverhältnis zwischen der Aufgabe, kulturelles Erbe zu bewahren und der Chance, avantgardistisches Engagement zu pflegen, das in New York zugegebenermaßen mit der Dependance Ludlow 38 aus der Not heraus geboren worden sei. Aus ihrer Sicht könne weder auf die Tradition noch auf das Engagement für die zeitgenössische Kunst verzichtet werden. Dieses Ziel lasse sich aber nur verfolgen, wenn zusätzliche Mittel bereitgestellt würden.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP) äußert Anerkennung und Respekt für die Arbeit der Bundesregierung im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik in den letzten Jahren. Es werde nicht nur mehr Geld ausgegeben, sondern es seien auch inhaltlich Fortschritte erzielt worden. Konkret lobt Abg. Otto die Initiative PASCH, von deren Qualität er sich selbst erst kürzlich bei einem Projekt in Frankfurt/Main habe überzeugen können.

Fragen richten sich auf die Veranstaltungsreihe „Deutschland und China – gemeinsam in Bewegung“. Bei deren Leitthema, der nachhaltigen Urbanisierung, interessiere die Kulturpolitikerinnen und -politiker die kulturelle Dimension. Inwieweit in diesem Kontext die Themen Demokratisierung und Menschenrechte abgedeckt würden und ob sichergestellt ist, dass kein Anlass zu Kritik entstehe, wie er zu Zeiten der Olympischen Spiele in Peking oder aktuell auch an der Chinaberichterstattung der Deutschen Welle entstanden sei, soll erläutert werden.

In ihrem Bericht gehe die Bundesregierung auch auf die Kulturgüterrückführung als Aufgabe der auswärtigen Kulturpolitik ein. Dabei werde unterschieden zwischen in den Nachkriegswirren beiseite ge-

schaffter Kunst und Kulturgütern, die, weil sie vor Bombardierung in Sicherheit gebracht werden sollten, nach dem Krieg auf nichtdeutschem Gebiet lagerten. Die Polen bewerteten beide Tatbestände völkerrechtlich völlig unterschiedlich. Der Nachbar argumentiere, was auf polnischem Gebiet eingelagert worden sei, müsse in Polen bleiben und sei völkerrechtlich nicht als Wegnahme zu betrachten. Ob die Bundesregierung diese Bewertung teilt, soll sie sagen und ob es jenseits des Museumsdialogs regierungsamtliche Kontakte gebe, die die Hoffnung rechtfertigten, dass wenigstens teilweise kriegsbedingt ins Ausland verschaffte deutsche Kulturgüter zurückkehren könnten.

Abg. Monika Griefahn (SPD) betont, auch ihre Fraktion sei froh über den Stellenwert der AKBP in der Außenpolitik des Bundes. Wenn es um die Themen Dialogfähigkeit und Demokratieentwicklung gehe, seien Begegnungen von zentraler Bedeutung gerade in Ländern mit autoritären Regimes. Ob Deutschland es unter solchen Bedingungen schaffe, auch mit Nichtregierungsorganisationen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren in Kontakt zu bleiben, interessiert Abg. Griefahn in diesem Zusammenhang. So sei das ehemalige Goethe-Institut in Teheran ein wichtiger Ort für Diskussionen gewesen. Eine ähnliche Funktion könnte ein Goethe-Institut aus ihrer Sicht vermutlich in Kuba erfüllen.

Anknüpfend an das Thema Deutsch als Wissenschaftssprache fordert Abg. Griefahn von deutschen Unternehmen ein, ihre Vorbildfunktion wahrzunehmen. Deutschlernende an ausländischen Fakultäten und in den Sprachkursen der Goethe-Institute berichteten übereinstimmend, Deutschkenntnisse böten keinen Vorteil mehr, wenn sie sich bei einem deutschen Unternehmen bewerben, weil dort nur noch Wert auf Englischkenntnisse gelegt werde. In großen deutschen Unternehmen werde die interne Kommunikation nur noch in Englisch abgewickelt. Abg. Griefahn regt an, dem Trend entgegenzuwirken und den Kontakt zu den Firmen zu suchen oder das Problem im Rahmen von Veranstaltungen aufzugreifen und bittet den Staatssekretär, sich zu dieser Idee zu äußern. Es sei zu befürchten, dass sonst alle Bemühungen, junge Leute über Bildung und Ausbildung an Deutschland zu binden, erfolglos bleiben könnten.

In einer weiteren Frage geht es um die Finanzierung der Lehrer, die an deutsche Auslandsschulen entsandt werden. Hier erwartet Abg. Griefahn Informationen zu einem Streit zwischen Bund und Ländern. Die darauffolgende Frage befasst sich mit der Unterscheidung zwischen Goethe-Instituten und Goethe-Zentren. Welche Möglichkeiten der Unterstützung es jenseits der Anerkennung als Goethe-Institut für diese Zentren gebe, soll erläutert werden.

Staatssekretär Dr. Ammon soll darüber hinaus auf die Frage eingehen, inwieweit auswärtige Bildungspolitik sich an Erwachsene wendet, in welchem Rahmen das AA an der Vorbereitung des deutschen Beitrags zur Expo 2010 in Schanghai beteiligt ist und welche Schwerpunkte bei der Kooperation zwischen Goethe-Institut und Deutscher Welle aus der Sicht des AA besonders wichtig sind.

Schließlich greift Abg. Griefahn das von Abg. Prof. Grütters angesprochene Thema der Entsandten bzw. der kulturellen Anbindung des Personals der Goethe-Institute an Deutschland auf. Sie schlägt vor, bei den Ortskräften den Einzelfall zu betrachten und genau nach deutschen Wurzeln oder einer besonderen kulturellen Anbindung an Deutschland zu suchen. Womöglich lasse sich dadurch die

Größenordnung des Problems reduzieren. Dass jedes Institut mindestens eine Kraft brauche, die kulturell von Deutschland geprägt sei, sei unumstritten.

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.) nennt den Gesamteindruck der auswärtigen Kulturpolitik beeindruckend. Allerdings könne die auswärtige Kulturpolitik nicht reparieren, was die übrige Außenpolitik in ihrer militärischen und wirtschaftlichen Logik an Schäden anrichte. Wenn Kulturpolitik den Anspruch erhebe, nachhaltig zu wirken, gehe dies nicht, ohne zu überlegen, wie die Außenpolitik friedliche und wirtschaftlich gerechte Bedingungen herstellen könne.

Konkret fragt Abg. Dr. Jochimsen nach der auswärtigen Kulturpolitik mit Blick auf die mittel- und osteuropäischen Staaten. Dieser Region attestiere die Bundesregierung zwar einen besonderen Stellenwert, bleibe in ihren Ausführungen jedoch sehr knapp. Deshalb soll Staatssekretär Dr. Ammon speziell zu Polen nähere Ausführungen machen und sich dabei zu 2009 als Jahr der Jubiläen und Gedenktage äußern.

Abg. Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich nach dem Erfolg des europäisch-islamischen Dialogs. Aus ihrer Sicht ist es klug gewesen, nach dem 11. September 2001 einen Dialog der Kulturen aufzubauen. Die Bundesregierung soll jedoch erklären, auf welcher Basis ihre Einschätzung beruht, es gebe positive Ergebnisse dieser Dialogbemühungen und welche Akteure in den Dialog einbezogen wurden. Weitere Fragen sind auf die Perspektiven auswärtiger Kulturpolitik in den Ländern Irak, Iran und Afghanistan gerichtet.

Die Kulturwirtschaft und den Klimawandel zu kulturpolitischen Themen zu machen, halte sie für richtig. Deshalb interessieren sie die Ergebnisse von entsprechenden Fachkonferenzen im AA und die Frage, wie globale Klimapolitik und Kulturpolitik miteinander verbunden werden sollten.

Abg. Roth geht sodann auf die Frauenfußball-WM 2011 in Deutschland ein. Sie wisse, wie viel mit geringen Mitteln durch die Unterstützung des Frauenfußballs in Afghanistan bewirkt worden sei. Deshalb erkundigt sie sich, ob es Überlegungen gibt, gerade in den Ländern, in denen Frauenfußball verboten ist oder behindert wird, die WM-Gastgeberrolle Deutschlands in den Vordergrund zu rücken.

Dr. Peter Ammon (Staatssekretär des Auswärtigen Amts) erklärt, angesichts des begrenzten Zeitbudgets die Fülle der Fragen möglichst kurz beantworten zu wollen und sagt zu, sich um die deutsche Schule in Mumbai/Indien kümmern zu wollen. Es sei ihm klar, dass mit 13 zusätzlichen Stellen für Entsandte an den Goethe-Instituten nicht alle Probleme gelöst seien. Deshalb arbeite man im AA bei der Aufstellung des nächsten Haushalts hier weiter. Beim Thema Deutsch als Wissenschaftssprache und als Unternehmenssprache sei eine Lösung schwierig. Er ärgere sich selbst über Deutsche, die in schlechtem Englisch agierten, aber gegen die Modeerscheinung, in deutschen Firmen Englisch zu kommunizieren, sei schwer anzugehen. Den Vorschlag, Fakten zu sammeln und Foren einzurichten, nehme er jedoch gern auf. Der Eurocode 8 sei ein ärgerliches Thema. Die Vorschrift werde bei der Gebäudeertüchtigung akribisch beachtet, um im Fall eines Erdbebens nichts versäumt zu haben. Al-

lerdings dürfe dies nicht zu völliger Mutlosigkeit und zu unvernünftigen Entscheidungen führen. Diese Diskussion werde zurzeit geführt. Ziel müsse es sein, das für die Sicherheit der Menschen Notwendige zu tun und gleichzeitig Maß zu halten.

Mit der nachhaltigen Urbanisierung sei ein Thema gewählt worden, dass in China auf besonderes Interesse stoße. Ergänzt werde der Reigen der Aktivitäten in dem dreijährigen Programm „Deutschland und China – Gemeinsam in Bewegung“ durch ein Kulturprogramm, auch mit klassischen Elementen. Würde die Diskussion über Menschenrechte und Demokratisierung in diesem Rahmen zu sehr in den Vordergrund gerückt, würde die Initiative aus Sicht des AA überlastet. Natürlich werde der Dialog über die Menschenrechte, etwa in Form des Rechtsstaatsdialogs, weiterhin mit der chinesischen Führung geführt. Aber der Weg sei schwierig. Der Zusammenhang zwischen dem Urbanisierungsthema und der Frage nach Beteiligungsrechten der Bevölkerung an Entscheidungen in ihrem unmittelbaren Umfeld liege klar auf der Hand. Das AA verfolge die Strategie, demokratische Prozesse in China über die Präsentation des deutschen Wegs zu vermitteln und das praktische Beispiel sprechen zu lassen, indem etwa Bürgerrechte und Beteiligungsformen an konkreten Fallbeispielen gezeigt würden.

Die skizzierte Unterscheidung von Kulturgütern in Fragen der Rückführung sei sinnvoll, beispielsweise deshalb, weil es sich auch um ein ortsgebundenes Objekt (z. B. ein Gebäude) handeln könne. Jeder Einzelfall müsse betrachtet werden. Die Gespräche mit Polen seien in der Vergangenheit sehr schwierig gewesen und hätten über Jahre stagniert. Jetzt setze man große Hoffnung auf die neue polnische Regierung. Für die Verhandlungen mit Russland sei der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) zuständig. Auch hier gebe es einerseits viele Probleme, andererseits aber gelegentlich auch gute Nachrichten wie die vollständige Rückgabe der Fenster der Marienkirche in Frankfurt/Oder. Gut und unverkrampft funktioniere die Zusammenarbeit mit der Ukraine und Georgien. Bezüge der 2009 anstehenden Jubiläen und Gedenktage auf Polen oder Russland seien im Bericht nicht erwähnt, weil darin lediglich die langfristig angelegten Strategien nachgezeichnet werden sollten.

Aus seiner Sicht sollten Goethe-Institute so weit es geht Orte der Kommunikation für Nichtregierungsorganisationen, Bürgerrechtler und ähnliche Gruppen sein. Bei den Lehrern, die an deutsche Schulen im Ausland entsandt werden, gehe es um die Frage der Finanzierung von Rückstellungen für und die Zahlung von Pensionen. Die Länder nähmen dazu Verhandlungen mit dem Bund auf. Mit Blick auf die Deutsche Welle sei es das Ziel, einerseits die Effektivität der fremdsprachigen Programme zu stärken und andererseits die deutsche Sprache weltweit zu fördern. Dazu sollten die fremdsprachigen Programme stärker auf Zielgruppen konzentriert und inhaltlich regionalisiert werden. Ein Beispiel sei das Programmfenster Arabisch, das seit 2002 aufgedehnt worden sei und aktuell zwölf Stunden täglich für 20 Länder umfasse. Allerdings gelte auch an dieser Stelle: Die Mittelausstattung, diesmal der Deutschen Welle, müsse weiter verbessert werden.

Der europäisch-islamische Dialog werde in diesem Jahr mit einer deutsch-arabischen Kulturinitiative zum Aufbau regionaler Kulturnetzwerke fortgesetzt. So würden Kulturwochen mit Schwerpunkten im Maghreb und auf der arabischen Halbinsel veranstaltet. In Ägypten würden das 50jährige Bestehen des dortigen Goethe-Instituts und die 50jährige Zusammenarbeit mit den Hochschulen gefeiert. Dar-

über hinaus würden thematische Akademien unter Einbindung deutscher Institutionen an diversen Goethe-Instituten veranstaltet: in Kairo zum Thema Film, Musik und Theater, in Damaskus zum Thema Museum, in den Vereinigten Arabischen Emiraten zum Thema Kulturerbe, in Algier zum Thema Medien und Umwelt (zusammen mit der Deutschen Welle), in Tunis zum Thema Literatur. Deutsche Partner seien zum Beispiel die Berlinale, das Literaturfestival Berlin und die Frankfurter Buchmesse. In diesem Zusammenhang sei auch das neue Kulturmagazin der Deutschen Welle zu erwähnen, TV Arabia, das gemeinsam mit dem Goethe-Institut und arabischen Sendern gemacht werde und das deutsche Engagement abbilde.

Für den Irak werde ein größeres Kulturpaket im Zusammenhang mit einer Reise von Außenminister Frank-Walter Steinmeier geschnürt. Dabei gehe es zum Beispiel um Stipendien oder den Schutz des kulturellen Erbes in diesem Land. Der Iran sei ein schwieriger Partner, allerdings gebe es regelmäßig einen Mediendialog.

Martin Kobler (Abteilungsleiter Kultur und Kommunikation im Auswärtigen Amt) ergänzt, die Liegenschaft in der 5th Avenue in New York werde selbstverständlich gehalten, das Village dabei nicht vernachlässigt. Erwachsenenbildung stehe nicht im Vordergrund der auswärtigen Kulturpolitik, allerdings seien die Sprachkurse der Goethe-Institute in aller Regel Angebote für jedermann, also auch für Erwachsene. Bei der Frage nach dem Netz von Goethe-Zentren, Kulturgesellschaften und Dialogpunkten gebe es seit Anfang 2009 insofern eine Neuerung, als die Kulturgesellschaften ebenfalls an die Goethe-Institute angebunden worden seien. Das Netz aus 140 Goethe-Instituten und 170 ausländischen Kulturgesellschaften – das betreffe auch Quito in Ecuador – sei damit aus einem Guss. Die Kulturgesellschaften bekämen auch Fördergelder über die Goethe-Institute.

Das Thema Kultur-Klima werde in einer Fülle von Einzelinitiativen aufgegriffen. Eine Aktion sei in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium aufgelegt worden und sei bisher auf deutsche Schulen im Ausland begrenzt. In den Auslandsschulen gebe es neuerdings eine Anzeige, wie viel CO₂-Emissionen gespart wurden. Um jedoch einen Anreiz zu bieten, garantiere das AA den teilnehmenden Schulen, dass sie 50 Prozent der Energiekosten zu sparen, garantiere das AA den teilnehmenden Schulen, dass sie 50 Prozent des eingesparten Betrags behalten und für Schulprojekte und -programme ausgeben dürften. Je mehr Energie gespart werde, desto reicher werde mit dem Programm 50:50 die Schule. Außerdem arbeite man daran, das Klimathema in die Lehrpläne der Begegnungsschulen zu integrieren, in Schulbücher und Unterrichtsmaterialien einzufügen. Für deutsche Bauvorhaben im Ausland sei man natürlich an die Vorgaben des Deutschen Bundestages gebunden, der per Beschluss festgelegt habe, dass energieeffizient gebaut werden müsse, auch wenn vor Ort die Energiekosten niedrig sind.

Das Thema Sport spiele im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik durchaus eine wichtige Rolle. Erst im vergangenen Jahr habe man den Frauenfußball im Iran gefördert. Übrigens gebe es dort auch Frauen-Polo und sei das Land im Frauensport sehr viel lebendiger als dies außerhalb des Iran wahrgenommen werde. Die Anregung, die Frauenfußball-WM 2011 aufzugreifen, nehme man gerne mit. Frauenfußball sei ein großes Thema. 5,3 Mio. Euro stünden jährlich für die Sportförderung im Ausland

zur Verfügung. Darin enthalten sei eine starke Komponente Frauensport.

Abg. Christoph Waitz (FDP) gibt an, beim Vergleich des jüngsten Berichts der Bundesregierung zur auswärtigen Kulturpolitik mit seinen Vorläufern sei ihm aufgefallen, dass als neues Themenfeld der interkulturelle Dialog hinzugekommen sei. Es sei positiv zu vermerken, dass auch in diesem Abschnitt detailliert beschrieben werde, welche Aktivitäten entfaltet werden. Durchgängig fehlten dagegen Angaben über Ergebnisse einer Evaluierung, über festgestellte Schwächen von Programmen und Versuche, diese in kommenden Jahren auszugleichen.

Die Kooperation zwischen dem Goethe-Institut und der Deutschen Welle werde gerade intensiviert. Vor diesem Hintergrund fragt Abg. Waitz nach den Chancen, grundsätzlich die Zusammenarbeit der Mittlerorganisationen zu stärken, die Arbeit stärker auf einander abzustimmen und damit effizienter zu gestalten. Wie das AA die Deutsche Welle unterstützt, einen besseren Zugang zum chinesischen Medienmarkt zu erreichen, soll ebenfalls erläutert werden.

Abg. Dr. Stephan Eisel (CDU/CSU) verweist auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Gedenktagen, die in Polen wichtig sind, und den Jubiläen, die Deutschland 2009 begeht. Es liege daher auf der Hand, beides miteinander zu verknüpfen. Er erinnert darüber hinaus an die Frage nach Art und Umfang der Kooperation des AA mit dem Bundeswirtschaftsministerium beim deutschen Beitrag zur Expo 2010 in Schanghai, die bisher unbeantwortet geblieben sei. Bei der inhaltlichen Gestaltung des Expo-Pavillons ermutige er ausdrücklich dazu, Urbanisierung und Stadtentwicklung nicht auf den Dialog zwischen Stadtplanern zu reduzieren, sondern die Frage der Meinungsbildung in einer Stadt zur Geltung kommen zu lassen, um kein falsches Deutschlandbild in China zu vermitteln.

Dr. Peter Ammon (Staatssekretär des Auswärtigen Amts) betont, Evaluierung spiele in seinem Haus eine große Rolle, sie ziehe sich wie ein roter Faden durch die gesamte Kulturarbeit. Die Zusammenarbeit der Mittler sei wichtig, sie zu stärken deshalb ein Anliegen des AA, das diesen Auftrag an die Botschaften weitergebe, die die Koordinierung der Programme fördern müssten. Bei dem Eindruck, der Zusammenhang zwischen polnischem und deutschem Gedenken werde vom AA übersehen, handele es sich um ein Missverständnis. 2009 sei mit seinen Jubiläen nur nicht in die Berichterstattung eingegangen, weil der Bericht zur auswärtigen Kulturpolitik längerfristig angelegt sei und nicht nur auf das kommende Jahr schaue. Natürlich werde die Bundesregierung den Gedenktagen eine ganze Reihe von Veranstaltungen widmen, hier sei das Bundesinnenministerium federführend. Die Expo in Schanghai und das Programm „Deutschland und China – Gemeinsam in Bewegung“ berührten sich nur wenig. Das vom AA verantwortete Format ziehe vielmehr über drei Jahre als Ausstellung durch China und werde 2010 außerhalb des Expo-Geländes in der Stadt Schanghai ankommen. Grund dafür seien nicht zuletzt die hohen Eintrittspreise zur Expo, die es nicht jedermann erlaubten, die Weltausstellung anzuschauen. Zum Auftritt Deutschlands in China sei zu sagen, dass es sich um ein wichtiges Unternehmen handele, das Geschick verlange, um beim Gegenüber offene Ohren zu finden. Aus der Erfahrung heraus funktioniere es am besten, Themen wie Demokratie und Menschenrechte unterzubringen, wenn Deutschland mit gutem Beispiel zu

überzeugen versuche, das heißt, Beispiele aus der alltäglichen Praxis eines demokratischen Staates sprechen zu lassen. Damit sei die Hoffnung verbunden, zu überzeugen.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht und drückt im Namen des gesamten Ausschusses die Hoffnung aus, die auswärtige Kulturpolitik möge weiterhin auf der Erfolgsspur bleiben und gute Nachrichten liefern. Die förmliche Kenntnisnahme des Berichts auf BT-Drucksache 16/10962 müsse verschoben werden, da die Unterrichtung noch nicht überwiesen sei. Zu einem späteren Zeitpunkt werde der Ausschuss die Vorlage deshalb erneut aufsetzen.

Tagesordnungspunkt 2

Gespräch mit dem Direktor der Berlinale, Dieter Kosslick

Dieter Kosslick (Direktor der Internationalen Filmfestspiele Berlin, Berlinale) bedankt sich einleitend für das Interesse des Ausschusses an der Berlinale und hebt die Bedeutung der finanziellen Unterstützung für das Festival mit 6,3 Mio. Euro aus Steuermitteln hervor. Für das Engagement des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und des Deutschen Bundestages zugunsten der Filmfestspiele sei ausdrücklich zu danken.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Festspiele könne er positive Nachrichten übermitteln: Das Programm sei komplett, das Festival habe alle Filme, die es in diesem Jahr vorstellen wollte, auch tatsächlich bekommen. Der deutsche Film sei dabei stark vertreten. Das liege zum einen an der guten wirtschaftlichen Situation der deutschen Filmbranche und zum anderen daran, dass deutsche Filme beim Publikum beliebt seien. Inhaltlich behandelten viele Filme gleichsam seismographisch Themen, mit denen sich auch Parlament und Regierung befassen müssten, die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung. Auch der Eröffnungsfilm „The International“ von Tom Tykwer widme sich diesem Thema. Neu sei im Vergleich zu den Vorjahren bei der diesjährigen Berlinale, dass keine Kriegsfilme gezeigt würden. Die Filme erzählten vielmehr Geschichten über Menschen, die Kriege erlebt hätten und über die Art, wie diese Menschen ihre traumatisierenden Erlebnisse verarbeiteten. Ein großer Film aus Deutschland sei der Film „Sturm“ von Hans-Christian Schmidt. Dieser Film knüpfe an den Film „Esmas Geheimnis“ an, der vor drei Jahren einen Goldenen Bären gewonnen habe. Dieser Film habe damals eine enorme Wirkung entfaltet und dazu geführt, dass tausende Frauen, die Massenvergewaltigungen in Bosnien zum Opfer fielen, als Kriegsoffer anerkannt worden seien. Der „Sturm“ zeige nun nach Art eines Politthrillers die juristische Aufarbeitung des Kriegs in Ex-Jugoslawien vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Entstanden sei ein sehr anrührender, spannender Film mit großer Besetzung.

Ein anderer großer Film sei „FOOD,INC.“ Dieser amerikanische Dokumentarfilm beschäftige sich mit der industriellen Herstellung von Lebensmitteln und den Verstrickungen von Wirtschaft und Politik. Der Film, dessen Dreharbeiten sechs Jahre gedauert hätten, sei unbedingt zu empfehlen, da viele Menschen auf der Welt immer noch nicht wüssten, was sie essen. Im Rahmen der Berlinale gebe es Ge-

legenheit, mit den Autoren, Vertretern der Konzerne und hoffentlich auch der neuen Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz über diesen Film zu diskutieren.

Erneut gelinge es bei der Berlinale, die verschiedenen Elemente des Festivals ineinander greifen zu lassen. So gebe es im Wettbewerb eine peruanisch-spanische Co-Produktion, die vom World Cinema Fund (WFC) mitfinanziert worden sei. Die WFC-Förderung erweise sich übrigens als besonders nützliches und erfolgreiches Instrument, das es Produzenten und Regisseuren erlaube, die Fördermittel unmittelbar dort zu investieren, wo sie leben.

Auch der Talent Campus sei in diesem Jahr wieder gut besetzt.

Zur finanziellen Situation des Festivals führt der Direktor aus, die Berlinale komme unter Bedingungen der Finanzkrise noch einigermaßen ungeschoren durch das Jahr. Prognosen für die kommenden Jahre seien naturgemäß schwierig. Bei der Berlinale 2009 fehle bisher lediglich das übliche Budget für die Werbung, so dass weniger Anzeigen geschaltet worden und weniger Plakataktionen möglich gewesen seien. Ansonsten werde das Festival jedoch wie gewohnt ablaufen können. Über die Besucherresonanz lasse sich vorweg noch nichts sagen, aber für den Film „FOOD,INC.“ seien bereits 643 der 1.800 Plätze im Friedrichstadtpalast verkauft, der in diesem Jahr zum ersten Mal als Kinosaal zur Verfügung stehe. Im vergangenen Jahr habe die Berlinale 240.000 Zuschauerinnen und Zuschauer mit 450.000 Kinobesuchen verbuchen können. Dafür, dass es im laufenden Jahr ähnlich gute Zahlen gebe könnte, sprächen die Akkreditierungen von Fachleuten, die ein ähnliches Niveau wie im Vorjahr erreichten. Bei den Journalisten sei ein kleiner, nicht signifikanter Rückgang zu verzeichnen.

Für die Zukunft wünsche er sich, so Dieter Kosslick weiter, dass – falls erforderlich mit staatlicher Unterstützung – der World Cinema Fund und der Talent Campus weitergeführt werden könnten. Unterstützung durch die Europäische Gemeinschaft sei bereits eingeworben. Im Rahmen des MEDIA-Programms der EU würden der Co-Produktionsmarkt und auch der Talent Campus über vier Jahre hinweg mit 400.000 Euro pro Jahr gefördert. Das sei eine gute Sache.

Abg. Angelika Krüger-Leißner (SPD) spricht zunächst die Finanzierung der Berlinale an. Sie weist darauf hin, dass die Berlinale mit 6,3 Mio. Euro aus dem Bundshaushalt bezuschusst werde, der Gesamtetat des Festivals aber zwischen 18 und 19 Mio. Euro liege. 2002 seien die Filmfestspiele noch mit 10,2 Mio. Euro. ausgekommen. Daran sei zu erkennen, wie stark die Berlinale gewachsen sei. Dieser Erfolg ist nach Einschätzung von Abg. Krüger-Leißner nicht zuletzt auf den Deutschen Filmförderfonds (DFFF) zurückzuführen, der dazu beigetragen habe, dass viele gute Filme produziert wurden, die jetzt auf das Festival drängten.

Welche Wirkungen die Finanzkrise auf das Festival haben werde, sei derzeit nicht leicht abzuschätzen. Die Filmwirtschaft gehe jedoch davon aus, dass auch sie im nächsten Jahr die Wirkungen der Krise zu spüren bekommen werde. Zu befürchten sei auf jeden Fall, dass Sponsorengelder ausbleiben. Vor diesem Hintergrund fragt Abg. Krüger-Leißner, ob Verhandlungen mit dem Land Berlin über einen Beitrag zur Finanzierung des Festivals geführt würden. Schließlich sei zu bedenken, dass das

Festival in Deutschland eine Wirtschaftsleistung von rund 350 Mio. Euro auslöse, die nicht zuletzt Berlin zugute komme. Die Zuschüsse aus der Staatskasse flössen demnach über Steuereinnahmen aus dieser Summe wieder zurück in die staatlichen Haushalte. Es müsse gut überlegt werden, wie die 60. Berlinale im nächsten Jahr gemeinsam finanziert werden könne, zumal die Finanzierung des WCF und des Talent Campus über Drittmittel und Sponsoren im nächsten Jahr auslaufe.

Abg. Krüger-Leißner geht auf die Kosten der Akkreditierungen ein und erläutert, diese Gebühr sei für Journalistinnen und Journalisten sowie für das Fachpublikum drastisch erhöht worden, teilweise um 100 Prozent. Das Berliner Festival sei für diesen Personenkreis nach Venedig nun das teuerste Festival überhaupt. Sie könne sich nicht vorstellen, dass diese Strategie fortgesetzt werden könne. Deshalb stelle sich die zentrale Frage, was getan werden müsse, um das Festival sowohl finanziell als auch inhaltlich abzusichern.

Persönlich interessiere sie sich sehr für deutsch-russische Co-Produktionen. Leider habe sie nur einen einzigen russischen Film im Berlinale-Programm gefunden und dies, obwohl die Filmproduktionen in Russland erhebliche Steigerungsraten (allein 2008 um 47 Prozent) zu verzeichnen hätten. Offenbar kämen aber diese Filme nicht zur Berlinale. Sie wünsche sich, dass es im laufenden Jahr gelinge, das deutsch-russische Filmabkommen zu schließen und dann auch mehr Filme aus dem Osten Europas auf der Berlinale zu präsentieren.

Sehr positiv sei zu bewerten, dass der Dokumentarfilm einen höheren Stellenwert genieße. Diese Entwicklung lasse sich seit einigen Jahren im Rahmen des Festivals auf dem Europäischen Film Markt verfolgen.

Abg. Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) knüpft an die vorangegangene Diskussion über die auswärtige Kulturpolitik an und erkundigt sich nach Filmen auf der diesjährigen Berlinale, die die Chance bieten, Länder und Menschen kennenzulernen, mit denen Deutschland kein enger Kulturaustausch oder sonstiger intensiver Kontakt verbindet. Im letzten Jahr sei sie von den iranischen Beiträgen sehr beeindruckt gewesen, die es geschafft hätten, neugierig auf diese abgeschottete Gesellschaft zu machen. So erinnere sie sich an den Film „Gesang der Spatzen“, den sie gemeinsam mit Exil-Iranern gesehen habe, die ihr die politische Dimension dieses Filmes erschlossen hätten. Ähnliche Bedeutung hätten Filme wie „Lost Children“ und „Football undercover“ im letzten Jahr gehabt. Ob es in diesem Jahr ähnliche, vordergründig unpolitische Festival-Beiträge gebe, die Türen zum Verständnis im politischen Dialog öffneten, soll der Berlinale-Direktor erläutern.

Abg. Wolfgang Börnsen (Bönstrup, CDU/CSU) vermerkt zunächst positiv, dass es für den Ausschuss zu einer Selbstverständlichkeit geworden sei, sich mit der Berlinale zu befassen und mit deren Direktor über die Verwendung der staatlichen Millionen-Zuschüsse zu diskutieren. Er begrüße auch die Bereitschaft der Berlinale, immer wieder große politische Themen aufzugreifen. Ein politisches Festival zu sein sei mittlerweile ein Markenzeichen der Berlinale, mit dem sich dieses Festival von anderen Wettbewerben unterscheide.

Abg. Börnsen möchte wissen, in welcher Weise die Berlinale 2009 den Filmstandort Deutschland stärken werde und welche kultur- und filmpolitischen Impulse für die Filmschaffenden in Deutschland, in Europa und weltweit von diesem Festival ausgingen. Ihn interessiert außerdem, welchen Stellenwert die Berlinale im Wettbewerb der großen Filmfestivals hat, ob es weltweit zu viele Festivals gebe und im Interesse der Filmschaffenden eine Konzentration auf wenige markante Festspiele sinnvoll wäre.

Abg. Börnsen erinnert schließlich an eine Zusage Dieter Kosslicks vom vergangenen Jahr. Anlässlich seines damaligen Besuchs im Ausschuss habe er angekündigt, mit Blick auf das 60-jährige Jubiläum der Berlinale im Jahr 2010 den Kontakt zu den Abgeordneten noch vor der Sommerpause 2008 erneut suchen und eine Übersicht über die kulturelle und finanzielle Situation der Filmfestspiele vorlegen zu wollen. Leider sei dies nicht gelungen. Es sei jedoch vor dem Hintergrund schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse dringend notwendig, den Filmstandort Deutschland zu stärken, eine Perspektive für die Filmschaffenden zu erarbeiten und dabei auch die Berlinale mit einzubeziehen.

Abg. Christoph Waitz (FDP) konzentriert seine Fragen zunächst darauf, wo der Festspieldirektor in den Jahren bis 2013 vorrangig Akzente setzen will über das Ziel hinaus, die Berlinale noch stärker als bisher als großes Publikumsfestival zu führen. In Anbetracht der Umwälzungen, die es absehbar in der nächsten Zeit in der Kinowirtschaft geben werde, sei es besonders wichtig, das Kino als Erlebnis für möglichst viele Menschen zu erhalten.

Momentan werde eine sehr aktive Standortförderung im Bereich der Filmwirtschaft betrieben. Abg. Waitz will wissen, ob damit gleichzeitig die Qualität des deutschen Films gefördert werde oder ob zu viele Filme produziert würden, was zwar der Filmindustrie nütze, mittelfristig aber dem Ansehen des deutschen Films schade, schon deshalb, weil die Drehbuchautoren gar nicht so viele gute Bücher schreiben könnten.

Abg. Gitta Connemann (CDU/CSU) kommt auf die Folgen der Finanzkrise für die Filmwirtschaft zurück und verweist darauf, dass auch die Produktion von Filmen wesentlich von Fremdkapital abhängen. Angesichts dieser Abhängigkeit sei in Zukunft mit drastischen Einbrüchen zu rechnen. Sie erkundigt sich, inwieweit dieses Thema die diesjährige Berlinale überlagere bzw. in welchem Umfang sich die Berlinale dieses Themas annehme.

Der Talent Campus stelle ein wichtiges Instrument dar, um früh den Nachwuchs zu fördern. Deshalb interessiert Abg. Connemann, wie sichergestellt werden könne, dass der Talent Campus fortgeführt wird. Schließlich stellt sie fest, dass einige Broschüren, mit denen für die Berlinale geworben wird, nur in englischer Sprache vorlägen. Immer wieder befassten sich die Kulturpolitikerinnen und -politiker mit dem Stellenwert unserer Sprache. Der Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik habe jüngst in einer Anhörung festgestellt, dass Deutsch als Wissenschaftssprache faktisch keine Rolle mehr spiele. Es sei schwierig, nachfolgenden Generationen noch plausibel zu machen, warum sie Deutsch sprechen sollten, wenn es sogar im eigenen Land allenthalben durch Englisch ersetzt werde. Deshalb bittet sie, ernsthaft darüber nachzudenken, in Berlinale-Publikationen in Zukunft zweisprachig

zu arbeiten.

Dieter Kosslick (Direktor der Internationalen Filmfestspiele Berlin) betont, die Kritik an der Sprachwahl für die Publikationen des Festivals nehme er sehr ernst. Der Hauptkatalog der Berlinale mit einer Auflagenstärke von 25.000 werde in Deutsch, Englisch und Französisch aufgelegt. Im Prinzip werde alles, was in Englisch erscheine, auch in deutscher Version gedruckt. Nur jene Broschüren, die allein für ausländische Gäste bestimmt seien, würden ausschließlich in Englisch publiziert. Es sei eine Frage der Kosten, alle zehn Broschüren mit einer Einzelauflage von bis zu 450.000 Stück zweisprachig zu gestalten. Deshalb gebe es Überlegungen, auf mehrsprachige Broschüren ganz zu verzichten und nur noch deutsche und englische Ausgaben zu erstellen.

Auf weitere Fragen der Abgeordneten eingehend unterstreicht der Berlinale-Direktor noch einmal, dass es dem deutschen Film momentan gut gehe. Dies belegten nicht zuletzt die 90 deutschen Filme im Festivalprogramm. Mehrere Weltpremieren deutscher Filme fänden im Rahmen des Festivals statt. Dabei würden Filme präsentiert, die durchaus auch in den Wettbewerb gepasst hätten. Dieter Kosslick nennt die erste deutsch-chinesische Co-Produktion von Florian Gallenberger „John Rabe“, von Hermine Huntgeburth „Effi Briest“ mit Julia Jentsch und von Kai Wessel „Hilde“ mit Heike Makatsch. Im Wettbewerb fänden sich diese Werke nur deshalb nicht, weil bereits vier deutsche Filme in die Konkurrenz um den Goldenen Bären aufgenommen seien, mehr gehe einfach nicht.

Die Struktur der Filmförderung in Deutschland sei hervorragend, so Direktor Kosslick weiter. Wie gut die Filmindustrie zurzeit funktioniere, lasse sich vor allem an der Tatsache ablesen, dass viele Filme unterschiedlicher Machart und unterschiedlicher Genres produziert würden. Die Bandbreite reiche vom Thriller bis zum Melodram, vom Dokumentarfilm bis zum Kompilationsfilm. Auch die Oskar-Nominierung für den „Baader-Meinhof-Komplex“ sei ein Beleg für die Stärke. Der deutsche Film sei im Ausland nicht trotz, sondern wegen politischer Themen interessant. Dies lasse sich auch an „Das Leben der Anderen“ belegen, ein Film, der im Ausland auf großes Interesse gestoßen sei. Ohne Filmförderung wären solche Erfolge nicht möglich, ist Dieter Kosslick überzeugt.

Diskussionen über die Folgen der Finanzkrise für die Filmbranche fänden im Rahmen der Berlinale natürlich ihren Platz, beispielsweise im Bereich des Film Markts. Er gehe davon aus, dass in den nächsten Jahren vor allem diejenigen Produktionen in Schwierigkeiten geraten könnten, die auf Kreditfinanzierungen angewiesen seien. Es werde schwieriger, Kredite zu bekommen und schwieriger, sie zu refinanzieren. Die Diskussion über die Krise als Chance sei nicht nach seinem Geschmack. Aber, dass in der Vergangenheit aufgeblähte Förderinstrumente wie die Steuersparmodelle über Filmfonds abgeschafft wurden, sei richtig gewesen. Aus Kargheit könne durchaus etwas Positives entstehen. Die Berlinale werde jedenfalls solche aktuelle Themen behandeln. Die Filmfestspiele bewiesen auch in diesem Jahr wieder die seismografischen Fähigkeiten der Künstlerinnen und Künstler, etwa in der Rubrik „Winter adé“ mit filmischen Vorboten der Wende, in denen die aufziehenden Veränderungen bereits spürbar würden.

Persönlich sei er überzeugt, dass sich das Leben all jener verändern werde, die den Film

"FOOD,INC." ansehen. Der Film belege, dass niemand daran interessiert sei, echte Lebensmittel herzustellen, sondern bei der Herstellung von Lebensmitteln immer die Profitgier im Vordergrund stehe. Diese Gier zerstöre die halbe Welt durch Monokulturen und produziere Speisen, die nicht einmal mehr einem Hund schmeckten. Dabei seien Lebensmittel nach seiner Überzeugung ein Menschenrecht, so Dieter Kosslick.

Für das Jubiläum der Berlinale im nächsten Jahr schlage er vor, nicht nur auf vergangene Filmfestspiele zurückzublicken, sondern sich der Zukunft des Films und des Kinos zu widmen. Ohne Kino gebe es keinen Film. Nach seinem Eindruck bedenke zurzeit niemand, wohin die Entwicklung des Kinos als architektonischem Element, als kommunikativem oder sozialem Raum geht. Dass die Berlinale inzwischen im Friedrichstadtpalast stattfindet, hänge auch damit zusammen, dass andere große Kinos nicht mehr zur Verfügung stünden. Mit solchen und ähnlichen Fragen solle sich die Berlinale befassen: Hat das Kino eine Zukunft oder findet eine Weltpremiere demnächst auf dem Flachbildschirm zuhause statt? Er werde gern noch vor dem kommenden Sommer im Ausschuss über solche Überlegungen berichten.

Eine filmpolitische Aussage, die von der aktuellen Berlinale ausgehe, lasse sich an der Verschiebung von den großen, teuren zu den kleinen Filmen ablesen, die neuerdings gern gekauft würden. Deshalb sei die Initiative „Meet the Docs“ im Rahmen des Film Markts wichtig. Sein Kollege vom jungen Forum berichte, dass nahezu jeder Film einen Käufer finde, ein Phänomen, das es so noch nicht gegeben habe. Dies gelte auch für den Bereich der Kinder- und Jugendfilme. Es gebe in Zeiten knapper Kassen offenbar einen Markt für Filme, die zuvor höchstens als „Beifang“ gekauft worden seien.

Als er vor der Bundespressekonferenz das Programm der Berlinale vorgestellt habe, habe es draußen Proteste und an ihn adressierte Rücktrittsforderungen gegeben. Grund sei gewesen, dass es auch in diesem Jahr im Wettbewerb und im Programm iranische Filme gebe. Daran werde der Vorwurf festgemacht, die Berlinale-Verantwortlichen arbeiteten mit dem Regime in Teheran zusammen. Dazu sei zu sagen, dass die Festivalleitung gut mit Iranerinnen und Iranern kooperiere und Filme zeige, die Einblicke in das Land von der Art gewährten, wie Abg. Claudia Roth dies in ihrem Beitrag beschrieben habe. Von Propagandafilmen könne aber selbstverständlich keine Rede sein.

Zum Berlinale-Etat sei zu sagen, dass rund 25 Prozent des Budgets über Sponsoring gedeckt würden. Dies sei ein gefährlich hoher Anteil. Sollten die Sponsorenverträge wegbrechen, werde es schwierig. Deshalb wäre die Berlinale dankbar für eine neue Balance der Förderung und Hilfe der Politik etwa für den Talent Campus oder den WCF. Über den WCF würden Filme aus Peru oder Pakistan (mit deutschem Co-Produzenten) via Bundeskulturstiftung mit dem Geld der deutschen Steuerzahler gefördert. Dies trage Deutschland viel Respekt ein und korrespondiere mit dem Ziel der Berlinale-Macher, ein Festival der Filmemacher aus aller Welt, also auch aus den ärmeren Teilen der Welt, zu sein.

Es sei nie angenehm, Preise zu erhöhen. Die Berlinale brauche aber einerseits zusätzliche Mittel und leide andererseits unter einer stetig wachsenden Zahl von Akkreditierungen. Man habe daher die Akkreditierungsgebühren erhöht, um auf diese Weise die Eintrittspreise für das allgemeine Publikum

stabil halten zu können und gleichzeitig dem Missstand zu begegnen, zu viele Plätze für Akkreditierte freihalten zu müssen, die damit für das allgemeine Publikum blockiert würden.

Im Vergleich der Filmfestivals verfüge die Berlinale über ein Alleinstellungsmerkmal: das Publikum. Wie in Cannes oder Venedig gebe es zwar auch in Berlin einen Wettbewerb, einen Filmmarkt oder eine Retrospektive. Aber nur in Berlin gebe es das Publikum und eine pädagogische Funktion, die der Talent Campus widerspiegele. Dafür sei Berlin nicht besonders glamourös. Auf seinem guten dritten Platz in der Rangfolge der Festivals sei Berlin aber gut aufgehoben.

Abg. Wolfgang Börnsen (Bönstrup, CDU/CSU) spricht sich dafür aus, die 60. Berlinale nicht nur zu einem regionalen Berliner, sondern zu einem überregionalen Ereignis zu machen. Es müsse etwas gegen den dramatischen Rückgang der Zuschauerzahlen in den Kinos getan werden. Deshalb stelle sich die Frage, ob der runde Geburtstag nicht bundesweit als Werbung für das Kino genutzt werden könnte.

Außerdem bekräftigt er den Hinweis, bei den Berlinale Broschüren auf die Verwendung von Deutsch zu achten.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Dieter Kosslick für seine Erläuterungen, wünscht für das Festival viel Erfolg und greift das Angebot auf, noch in dieser Wahlperiode mit dem Ausschuss über das Konzept für die 60. Berlinale 2010 zu diskutieren.

Tagesordnungspunkt 3

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Neunter Bericht der Bundesregierung über den Stand der Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen im Zusammenhang mit der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"

BT-Drucksache 16/9047

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 4a

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Siebzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2006/2007

BT-Drucksache 16/10140

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 4b

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Siebzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2006/2007
- Drucksache 16/10140 -
Stellungnahme der Bundesregierung

BT-Drucksache 16/11558

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 5

Verschiedenes

Keine Bemerkungen.

Schluss der Sitzung: 18:00 Uhr

Hans-Joachim Otto, MdB
Vorsitzender